

II-9678 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM FÜR
WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

GZ 10.001/82-Parl/89

Wien, 11. Jänner 1990

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Rudolf PÖDER

4497 IAB

Parlament
1017 Wien

1990 -01- 16

zu 4559 IJ

Die schriftl. parl. Anfrage Nr. 4559/J-NR/89, betreffend Beschluß der Hochschülerschaft auf Abschaffung des Bundesheeres, die die Abg. Dr. Ermacora und Genossen am 16. November 1989 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Der Diskussionsbeitrag sowie Beschluß des Zentralausschusses lautet (Auszug aus der unkorrigierten ersten Fassung des Protokolls):

"Nicht von ungefähr hat das Bundesheer unter seinen Abgängern die höchste Mißbilligungsquote. Sie, die zur höheren Aufgabe der Verteidigung des demokratischen Vaterlandes Österreich abgestellt sind, erleben, daß eben dieses Heer alles andere als demokratisch ist. Nicht von ungefähr wurden Teile des Heeresdisziplinargesetzes als verfassungswidrig aufgehoben. Mündiger Staatsbürger soll Wehrmann ja möglichst nicht sein. Die steigende ratlose Ablehnung in allen Bevölkerungsgruppen, allen Bemühungen der Lichalischen Wende zum Trotz, hat gute Gründe. Die Nachkriegsordnung zerbröckelt. Ein abrupter Abbruch des Entspannungsprozesses ist nicht in Sicht. Es wird alles viel komplizierter und doch simpler, da friedlicher. Nun muß Österreich Farbe bekennen, man muß angesichts einer solchen Situation weiteres Anwachsen des Militärhaushaltes, sei es auch wie im heurigen Budget gedämpft, hinnehmen möchte, mit allen daraus resultierenden sozialen, trotz

- 2 -

Lobpreisung der Truppenübungsplätze als Biotop durch unseren Lieblingsminister ökologische Folgen kosten, oder ob wir bereit sind, durch einen Militär bzw. dann schon friedenspolitische Gegenwende Österreich zu einem glaubwürdigen Beispiel zu einer neuentstandenen Ordnung in Europa zu machen. Was uns überdies auch noch wesentlich billiger käme. Daher fordert der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft gerade auch aus seiner pazifistischen Grundeinstellung heraus den sofortigen Ausstieg aus der gerade von Minister Lichal vorangetriebenen Militarisierungspolitik und den stufenweisen Abbau des Bundesheeres mit dem Ziel einer armeefreien Friedensrepublik Österreich im Jahre 1999".

ad 2)

Der Antrag wurde vom Mandatar der Vereinten Grünen Österreichs Löffler eingebracht. Das Abstimmungsverhältnis lautet 17 Gegenstimmen, zwölf Enthaltungen, 33 Prostimmen.

ad 3)

Die Österreichische Hochschülerschaft ist berechtigt, einen Beschluß dieser politischen Tragweite zu fassen, und zwar insofern, als sie ja nicht einzelne Mitglieder zu gesetzwidrigen Handlungsweisen auffordert, sondern an die verfassungsmäßig zuständigen Stellen appelliert, den stufenweisen Abbau des Bundesheeres bis zum Jahr 1999 vorzunehmen.

ad 4)

Die einzelnen Hochschülerschaften an den Universitäten und Hochschulen wurden vor der Beschlußfassung des Zentralausschusses über diesen Antrag bzw. Beschluß nicht informiert.

ad 5)

Nach dem Beschluß des Zentralausschusses hat der Hauptausschuß der Hochschülerschaft an der Universität Innsbruck den gegenständlichen Zentralausschußbeschluß abgelehnt.

Der Bundesminister:

